



Gemeinsamer Antrag der Beiratsfraktionen
der SPD, CDU und Bündnis90/Die Grünen

für die gemeinsame Sitzung der Beiräte Blumenthal, Burglesum und Vegesack
am 19.02.2014

Für eine nachhaltige Zukunft des Klinikums Bremen-Nord: Die medizinische Versorgung in der Region sowie die attraktiven Arbeitsplätze langfristig sichern!

Sachverhalt:

Viele Krankenhäuser in der Bundesrepublik sind unverschuldet in einer finanziellen Lage, die politisches Handeln dringend erforderlich macht. Dies gilt insbesondere für kommunale Kliniken, die einen Gesamtversorgungsauftrag für die Bevölkerung haben.

Auch in Bremen haben bisherige Maßnahmen zur Verbesserung der Struktur der kommunalen Kliniken nur bedingt Wirkung gezeigt. Um den weiteren Fortbestand einer guten Gesundheitsversorgung für die Bürger und Bürgerinnen zu sichern, ist eine Umstrukturierung der vier stadtbremischen Kliniken nachvollziehbar und wird prinzipiell von den Beiräten Blumenthal, Burglesum und Vegesack unterstützt.

Eine Privatisierung der kommunalen Krankenhäuser lehnen wir auf das Schärfste ab.

Wir erwarten, dass eine Reform des Krankenhauswesens unter bremischer Verantwortung stattfindet. Insbesondere für die Region Bremen-Nord benötigen wir kein Krankenhaus für einige lukrative Gesundheitssparten, sondern ein Krankenhaus inklusive deiner Notfallversorgung von 24 Stunden pro Tag für alle Patienten und Patientinnen.

Es wird festgestellt, dass das Klinikum Bremen-Nord nicht nur für die Bremer Bevölkerung, sondern auch für viele zehntausend Menschen im niedersächsischen Umland die zentrale Anlaufstelle insbesondere für Notfälle ist.

Die Beiräte begrüßen grundsätzlich die Sicherung aller vier stadtbremischen Kliniken, insbesondere des Klinikums Bremen-Nord, im Rahmen einer Einheitsgesellschaft der Gesundheit Nord gGmbH (GeNo) und hoffen, dass durch eine zentrale Leitung eine bessere Planbarkeit und Lastverteilung im kommunalen Gesundheitswesen erreicht wird. Synergieeffekte z.B. im Bereich Beschaffung und Verwaltung sollen realisiert werden; eine weitere personelle Reduzierung, vor allem im Pflege- und ärztlichen Bereich, wird jedoch abgelehnt.

Die Arbeitnehmerrechte sind durch Tarifverträge und Betriebsvereinbarungen geregelt. Wir fordern deren Weitergeltung in der Einheitsgesellschaft, darüber hinaus sollten Arbeitnehmervertreter aller bisherigen Gesellschaften der Gesundheit Nord Klinikverbund Bremen im neuen Aufsichtsrat der Einheitsgesellschaft vertreten sein. Hierzu erwarten wir einen Vorschlag des Gesundheitssenators für eine vertragliche Vereinbarung mit den Tarifvertragsparteien.

Wir fordern neben der Grund- und Notfallversorgung, und deren besseren finanziellen Bewertung, zusätzliche Aufgaben im Bereich einer Profilierung zu einem Zentrum für Gefäßmedizin, die Zusammenfassung der Kliniken für Pädiatrie und Geburtshilfe zu einem Eltern- und Kinderzentrum, die Neueinführung einer Schlaganfalleinheit (Stroke Unit), die Ausweitung und Profilierung der altersmedizinischen Versorgung auch in den Kliniken für Innere Medizin und Chirurgie sowie die selbständige Entwicklung der Psychiatrie und die Einrichtung einer Tagesklinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie. Eine Mängellage in der medizinischen Versorgung in der Region Bremen Nord wird dadurch geschlossen und die Ertragslage des Klinikums Bremen-Nord nachhaltig verbessert. Veränderungen des Leistungsspektrums des Klinikums Bremen-Nord, die ein wirtschaftliches Arbeiten des Klinikums Bremen-Nord noch schwieriger machen, werden grundsätzlich abgelehnt.

Weitere Forderungen für das Klinikum Bremen-Nord sind die Förderung der Behandlung der bereits spezialisierten Krankheitsbereiche wie z.B. Diabetes und Zwergwuchs (Wachstumsstörungen), eine Vorhaltung notwendiger medizinischer Geräte im psychiatrischen Zentrum am Aumunder Heerweg zur Vermeidung eines kostenintensiven Pendelverkehrs zwischen der Außenstelle und dem Haupthaus und insgesamt eine intensive Vernetzung des Klinikums Bremen-Nord mit den Ärzten vor Ort und im Umland.

Es wird festgestellt:

1. Das Klinikum Bremen-Nord (KBN) leistet einen hervorragenden Beitrag zur Sicherstellung der gesundheitlichen Versorgung in der Region und für das niedersächsische Umland. Das KBN ist als attraktiver Arbeitgeber von wirtschaftlich enormer Bedeutung und sichert den Beschäftigten wertvolle Arbeitsplätze sowie Zukunftsperspektiven für Arbeitssuchende im medizinischen wie auch im medizinisch-pflegerischen Bereich.
2. Das Klinikum Bremen-Nord hat in den vergangenen Jahren durch Entscheidungen des kommunalen Klinikverbundes Gesundheit Nord (Geno) gelitten: Durch den Abzug erlösträchtiger Disziplinen sowie durch strukturbedingte Geno-interne Blockaden (z.B. im Bereich der Personalüberlassung) sind die wirtschaftlichen Probleme immer größer geworden. Beispiel: Statt Personal aus dem eigenen kommunalen Klinikverbund zu bekommen, mussten Millionenbeträge für Honorarkräfte ausgegeben werden.
3. Das Klinikum Bremen-Nord ist somit wie viele Kliniken – unabhängig von ihrer Trägerschaft – in wirtschaftlicher Not. Die sogenannte „Kosten-Erlös-Schere“ geht immer weiter auseinander. Guten medizinischen und wirtschaftlichen Leistungen und

somit guten Erlösen stehen hohe Kosten (Aufwand für Personal und Material) gegenüber.

In Bremen sind die kommunalen Kliniken seit mehreren Jahren in einer dramatischen Situation. Anfang 2013 wurde durch eine Erhöhung des Eigenkapitals eine drohende Insolvenz des Klinikum Bremen-Nords verhindert. Unabhängige Gutachten, u.a. vom Steuerzahlerbund und vom Landesrechnungshof Bremen, benennen Probleme und mögliche Lösungsschritte, damit die kommunalen Kliniken in eine bessere Zukunft kommen. Die Kliniken sind demnach „sanierungsfähig“.

4. Die nun durch den Gesundheitssenator angekündigte und vom Senat beschlossene Zusammenführung der vier kommunalen Kliniken zu einer „Einheitsgesellschaft“ unter Leitung der Gesundheit Nord (Geno) wird begrüßt. So kann ein medizinisches Zukunftskonzept schneller, effizienter und somit nachhaltiger für die gesamte Stadtgemeinde Bremen sowie für das niedersächsische Umland entwickelt und umgesetzt werden. Hierdurch kann auch das KBN profitieren und langfristig gesichert werden. Dass sowohl eine drohende Schließung eines Klinikums als auch eine Privatisierung der kommunalen Kliniken „vom Tisch ist“, wird ausdrücklich begrüßt.

5. Eine Spezialisierung in besonderen medizinischen Bereichen für die Bürgerinnen und Bürger in Bremen-Nord und dem niedersächsischem Umland ist zu untersuchen. Vor dem Hintergrund eines absehbaren „Kliniksterbens“ im ländlichen Bereich bieten sich hier enorme Marktchancen für die kommunalen Kliniken Bremens und somit auch für das KBN.

Der Beirat möge daher beschließen:

Für die Zukunftssicherung des KBN unter den Prämissen „gute medizinische Versorgung“ sowie „Sicherung attraktiver Arbeitsplätze im medizinisch-pflegerischen Bereich“ wird gefordert:

- Bestand und Erweiterung des Leistungsspektrums des KBN für eine bestmögliche Grund- und Notversorgung für eine Bevölkerung von weit mehr als 100.000 Einwohnern im Bremer Norden und der Region
- Die Profilbildung zu einem Zentrum für Gefäßmedizin
- Die Zusammenfassung der Kliniken für Pädiatrie und Geburtshilfe zu einem Eltern- und Kinderzentrum
- Die Einführung einer Stroke Unit (Schlaganfalleinheit) oder alternativ die Einrichtung eines Telearbeitsplatzes mit der Neurologie im Klinikum Bremen-Mitte für die notwendige neurologische Versorgung
- Die Ausweitung und Profilierung der altersmedizinischen Versorgung auch in den Kliniken für Innere Medizin und Chirurgie
- Die Einrichtung einer Palliativstation
- Die Ausbau der tagesklinischen Versorgung in der Kinder- und Jugendpsychiatrie
- Die Einrichtung eines Brustzentrums
- Die Beibehaltung bereits spezialisierter Krankheitsbereiche, wie z.B. Unfallchirurgie und Diabetes

- Die Vorhaltung der erforderlichen medizinischen Geräte im psychiatrischen Behandlungszentrum Aumunder Heerweg zur Vermeidung unnötiger Patiententransporte
- Keine Veränderungen des Leistungsspektrums des Klinikums Bremen-Nord, die ein wirtschaftliches Arbeiten noch schwieriger machen.

Um dauerhaft attraktiv zu sein für Ärztinnen/Ärzte sowie für die medizinisch-pflegerischen Berufe, sind darüberhinaus folgende Schritte zu prüfen:

- Kooperation mit dem angeschlossenen Fachärzteezentrum verbessern
- Kooperation mit Universitäten und Hochschulen suchen: Uni Oldenburg (Medizin), Appollon-Hochschule Bremen (Gesundheitswirtschaft), Uni Bremen (Institut für Public Health)
- Eigene Krankenpflegeschule/Altenpflegeschule plus Weiterbildungszentrum im KBN einrichten.
Bundes- und landesweit ist die sogenannte „Generalistische Ausbildung“ im Kommen (Zusammenschluss von Krankenpflege und Altenpflege plus Spezialisierungen).

Es wird die Weitergeltung der Tarifverträge in der Einheitsgesellschaft gefordert, darüber hinaus sollen Arbeitnehmervertreter aller bisherigen Gesellschaften der Gesundheit Nord Klinikverbund Bremen im neuen Aufsichtsrat der Einheitsgesellschaft vertreten sein.

Der Senat wird weiterhin aufgefordert, die im Rahmen der Entwicklung des medizinischen Zukunftskonzepts entstehenden betriebsbedingten Investitionen zu finanzieren und die Entscheidungsprozesse und deren Ergebnisse bis Ende März den Beiräten zu berichten.

Helma Stitz und die SPD-Fraktion im Beirat Blumenthal
Reinhard Hennig und die SPD-Fraktion im Beirat Burglesum
Heike Sprehe und die SPD-Fraktion im Beirat Vegesack

Ralf Schwarz und die CDU-Fraktion im Beirat Blumenthal
Martin Hornhues und die CDU-Fraktion im Beirat Burglesum
Detlef Scharf und die CDU-Fraktion im Beirat Vegesack

Gabriele Kröger-Schurr und die Fraktion Bündnis90/Die Grünen im Beirat Blumenthal
Barbara Punkenburg und die Fraktion Bündnis90/Die Grünen im Beirat Burglesum
Thomas Pörschke und die Fraktion Bündnis90/Die Grünen im Beirat Vegesack